

Jusos Hamburg: Senat mit Regelabfrage auf historischem Irrweg

Hamburg, 4. Februar 2026

Die Jusos Hamburg sprechen sich entschieden gegen die geplante Regelabfrage für Bewerber:innen im öffentlichen Dienst aus und warnen vor einem gefährlichen Rückschritt. Anlässlich der für morgen angesetzten Anhörung des Senats zur Regelabfrage im Innenausschuss der Bürgerschaft beziehen die Jusos Hamburg eindeutig Position und schließen sich dem unter anderem von Gewerkschaften getragenen „Hamburger Bündnis gegen Berufsverbote“ an.

Mit der Regelabfrage möchte der Hamburger Senat laut eigener Darstellung verhindern, dass religiöse Extremist:innen und Rechtsextremist:innen in den öffentlichen Dienst gelangen. Trotz der nachvollziehbaren Motive warnen die Jusos Hamburg vor den weitreichenden und unverhältnismäßigen Folgen, die dieses Instrument nach sich ziehen kann. Historisch erinnert die Regelabfrage an die Logik des sogenannten „Radikalenerlasses“, der in der Vergangenheit zu Berufsverboten insbesondere gegen vermeintlich ‚linksextreme‘ Menschen führte und ein massiver Eingriff in die Grundrechte von Betroffenen ist.

Besonders kritisch an der vom Senat skizzierten Regelabfrage für die Jusos Hamburg: Für die Informationen wird eine Überprüfung anhand des Zentralregisters NADIS vorgenommen. In dieses Register speisen auch Verfassungsschutzdienste aus Bundesländern Informationen ein, die ab Herbst womöglich von der rechtsextremen AfD geführt werden. Das vom Senat vorgelegte Gesetz würde das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz aber verpflichten, *alle* gespeicherten Informationen an das Personalamt weiterzuleiten.

Jakob Lichtenberg von den Jusos Hamburg betont: „Gut gemeint ist nicht gut gemacht. Die Regelabfrage ist ein starker Einschnitt und stellt ein unverhältnismäßiges Werkzeug dar. Es besteht die Gefahr, dass politische Überprüfungen zu pauschalen Verdächtigungen führen und die persönliche Freiheit einschränken. Zusätzlich halten wir es für höchst bedenklich, dass in naher Zukunft Informationen von Verfassungsschutzbehörden berücksichtigt werden könnten, die von Rechtsextremen kontrolliert werden.“

Janne Roehsler, Co-Landesvorsitzende der Jusos Hamburg ergänzt: „Die Erfahrungen der bereits bestehenden Abfrage für Bewerbungen bei der Hamburger Polizei werfen zusätzlich Zweifel an der Wirksamkeit der Regelabfrage auf. Unter hunderten Bewerber:innen wurde dort in den letzten Jahren nicht eine einzige Person aufgrund von Zweifeln an der Verfassungstreue abgelehnt.“

Die Jusos Hamburg befürchten zudem ein faktisches Veto-Recht der Verfassungsschutzbehörden. Zwar sichert der Hamburger Senat in seinem Gesetzesentwurf zu, dass die Informationen aus dem Zentralregister nicht vom Verfassungsschutz, sondern ausschließlich durch das Personalamt bewertet werden sollen. Dabei handeln die Verantwortlichen im Personalamt aber unter erheblichem persönlichem Risiko. „Dass sich die Verantwortlichen im Personalamt über die Einschätzung einer Sicherheitsbehörde

hinwegsetzen, erscheint uns deshalb wie ein frommer Wunsch“, sagt Paul Strothmann, Co-Landesvorsitzender der Jusos Hamburg.

In der jüngeren Vergangenheit sind in Hamburg tatsächlich vereinzelte Mitarbeitende durch islamistische bzw. rechtsextreme Aktivitäten aufgefallen. Diese Beschäftigten wurden auch ohne das neue Instrument durch die zuständigen Behörden umgehend aus dem öffentlichen Dienst entfernt. „Die schnellen Reaktionen der Hamburger Behörden begrüßen wir ausdrücklich. Das zeigt, dass unser öffentlicher Dienst auch ohne die geplante Regelabfrage keinesfalls machtlos ist und weiß, sich vor Demokratiefeind:innen zu schützen“, so der Jurist Strothmann, der selbst im Verfassungsrecht promoviert.

Die Jusos Hamburg fordern die Verantwortlichen dazu auf, bestehende bürgerrechtliche Bedenken ernst zu nehmen und stattdessen auf gezielte, differenzierte und verhältnismäßige Maßnahmen gegen Extremismus zu setzen. Durch den Schulterschluss mit dem Hamburger Bündnis gegen Berufsverbote unterstreichen die Jusos ihren klaren Standpunkt für Bürgerrechte und eine offene, demokratische Verwaltung.

Über die Jusos Hamburg

Die Jusos Hamburg (Jungsozialist:innen in der SPD Hamburg) sind die Jugendorganisation der SPD Hamburg und mit über 2.500 Mitgliedern einer der größten politischen Jugendverbände in der Hansestadt. Es engagieren sich junge Menschen zwischen 14 und 35 Jahren. Gegliedert sind die Jusos in sieben Kreise mit 29 sogenannten Juso-Gruppen. Darüber hinaus bestehen drei Hochschulgruppen an der Universität Hamburg, der Bucerius Law School und der HafenCity Universität sowie eine landesweite Schüler:innen- und Auszubildendengruppe. Die Jusos Hamburg entwickeln und diskutieren junge und wichtige Ideen, organisieren Kampagnen und Wahlkämpfe und bringen die Stimme der jungen Generationen in die SPD und in die Hamburger Politik ein. Die Grundwerte der Jugendorganisation sind Sozialismus, Internationalismus und Feminismus.

Pressekontakt

Jusos Hamburg
Emilian Soares
Landesgeschäftsführer
E-Mail: jusoshamburg@spd.de
Tel.: 040/2808-4813